



# BürgerInnenbrief

27. März 2014

**DIE LINKE.** Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Lärmterror in Wilhelmsburg +++ Soziale Spaltung +++ Bergedorf-Portrait +++ »Primo«-Plünderung +++ Beteiligung

## Frühlingsgefühle in rot



Einen lauen Ausstieg aus dem Winter hat es bereits gegeben, jetzt setzen wir auf einen warmen Frühling. Und natürlich auf neue Initiativen außer- und innerparlamentarischer Art, für die DIE LINKE angetreten und für die sie auch gewählt worden ist. Ob der Zuwachs bei WählerInnenumfragen in Hamburg auf mittlerweile acht Prozent realistisch ist, sich bestätigt oder gar noch verstärkt, das wird sich schon einmal am 25. Mai zeigen, denn an diesem Tag (also bereits in zwei Monaten) finden die Wahlen zu den sieben Hamburger Bezirksversammlungen und zum Europäischen Parlament statt. Für

kritische Anregungen, aber auch Ermunterungen sind wir sehr empfänglich. Also immer her mit den LeserInnenbriefen und Online-Kommentaren zum BürgerInnenbrief, zur Arbeit unserer Fraktion und zur Linken überhaupt.

Vorerst aber wünschen wir allen einen sonnigen Frühlingsanfang und freuen uns besonders auf gute Beteiligung beim Ostermarsch am 21. April sowie beim Rotstift-Kongress am 22. April!

Heike Sudmann, Tim Golke und die Redaktion

# Behördlicher Lärmterror in Wilhelmsburg

Von Heike Sudmann



Lärm-Yoga in Wilhelmsburg (Foto: Heike Sudmann)

Stell dir vor, du wachst auf und eine S-Bahn fährt durch dein Schlafzimmer. So erging es etlichen WilhelmsburgerInnen, die am Katenweg unmittelbar an den Gleisen wohnen. Ohne Vorankündigung wurde am 22. Februar die bestehende Lärmschutzwand abgebaut. Um 2:15 Uhr nachts begannen die Arbeiten, um 17:00 Uhr waren nicht nur alle ArbeiterInnen, sondern auch die Lärmschutzwand verschwunden. Seitdem passierte nichts mehr.

Zum Hintergrund: Anlass für den Abbau des Lärmschutzes ist die geplante Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße an die Gleise. Da der Lärm – bisher »nur« von S-Bahn, Personennah- und Fernverkehr sowie Güterverkehr – erheblich zunehmen wird, soll eine neue, 5,50 Meter hohe Lärmschutzwand im Bereich Katenweg aufgebaut werden.

Die AnwohnerInnen stellten bei eigenen Messungen eine Lärmbelastung von bis zu 100 dB (A) fest. Bei diesen Werten wird die Gesundheit stark geschädigt. Messungen oder Lärmprognosen des Senats bzw. der DB Netz AG hat es nicht gegeben. Wer nun dachte, der Lärmschutz wird schnell wiederhergestellt, wurde eines Besseren belehrt. Zwischen sechs und 18 Monaten sollen die AnwohnerInnen am Katenweg und dem weiter nördlich gelegenen Wohngebiet am Schwentnering/Leipeltstraße ohne Lärmschutz auskommen. JedeR Normalsterbliche reibt sich die Augen bzw. die Ohren und kann nicht glauben, dass behördliche Stellen so eine Planung verantworten und zulassen. Der Senat antwortete mir auf meine Schriftliche Kleine Anfrage (Drucksache 20/11069) wörtlich: »Über einen relativ kurzen Zeitraum dauernde Beeinträchtigungen sind von den Betroffenen grundsätzlich zu tolerieren.« Der zuständige Planer der DEGES, die hier im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg und der DB Netz AG baut bzw. abbaut, sagte in einem Interview des NDR-Fernsehens auf die Frage, warum das so lange dauert: »Das finden wir gar nicht, dass das lange dauert.« Diesen wirklich sehens-

werten Bericht und den hörenswerten Lärm inkl. der hörens-werten Aussagen des DEGES-Planers gibt es unter dem Link: <http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/das/videos/wilhelmsburg243.html>

Dort ist auch die fantasievolle Protestaktion der AnwohnerInnen zu sehen. Mit Lärm-Yoga haben sie sich gegen das behördliche Nichts an Lärmschutz zur Wehr gesetzt.

Ich war mehrfach vor Ort und kann nur sagen: Wer das zu verantworten hat, soll doch in diesem »kurzen« Zeitraum seine/ihre Wohnung mit den AnwohnerInnen tauschen. In Nullkommanichts wäre der Lärmschutz wieder da. Da das nicht passieren wird, hat die Linksfraktion einen Bürgerschaftsantrag eingebracht, der die sofortige Wiederherstellung eines ggfs. auch provisorischen Lärmschutzes fordert (zu finden unter dem Titel »Behördlichen Lärmterror in den Wilhelmsburger Wohngebieten sofort beenden!« in der Parlamentsdatenbank der Bürgerschaft unter der Drucksachennummer 20/11192).

Einen ersten Lichtblick gibt es mittlerweile: Die Verantwortlichen überlegen immerhin schon, wie sie einen provisorischen Lärmschutz errichten können. Vielleicht können die tolle Öffentlichkeits- und Protestarbeit der Menschen vor Ort und die parlamentarischen Initiativen der LINKEN das Ganze beschleunigen. Den lärmgeschädigten AnwohnerInnen ist das nur zu wünschen.



# Sozial-räumliche Polarisierung

Von Joachim Bischoff und Bernhard Müller



Eher die sonnige Seite der Stadt (Wikipedia)

Soziale Spaltung ist ein immer schärfer auftretendes Phänomen in der Metropole Hamburg, über das nicht zuletzt im »BürgerInnenbrief« regelmäßig zu lesen ist. »Soziale Spaltung in Hamburg« ist auch der Titel einer frisch erschienenen Broschüre, die von nordLINKS ([www.nordlinks.de](http://www.nordlinks.de)) mit Unterstützung der Linksfraktion herausgegeben wird. Auf 60 Seiten setzen sich die Autoren Bernhard Müller, Klaus Bullan und Joachim Bischoff mit der »Verhärtung der sozialen Spaltung«, dem kürzlich erschienenen »Sozialbericht« des Senats sowie der wachsenden Kinder- und Altersarmut auseinander. Reichlich Zahlen und Fakten werden zu den Bereichen prekäre Beschäftigung, HartzIV, sozial-räumliche Polarisierung, Armut bei jungen und älteren Menschen geliefert.

Wir drucken nachfolgend aus dieser Broschüre ein Kapitel zur Segregation, d.h. zum voranschreitenden Auseinanderdriften von armen und reichen Stadtteilen, ab (S. 25-27).

Die charakteristische Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und Jobs mit niedrigem Einkommen sowie die Verfestigung von Armutsstrukturen drückt sich gerade in Hamburg in einer sozial-räumlichen Verteilung aus. Armut und Reichtum verteilen sich nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet, sondern finden sich mehr oder weniger konzentriert in Quartieren oder städtischen Regionen, die immer stärker gegeneinander abgeschottet sind. »Wir erleben eine räumliche Bevölkerungsverteilung, die unterschiedliche soziale Gruppen freiwillig oder gezwungenermaßen, je nach ihren Mitteln und Möglichkeiten, zusammenbringt. Diese Neuordnung des Raums nach dem Prinzip des »Unter-sich-Bleibens« führt auch zu einer Umgestaltung der von ihnen zu bewältigenden Probleme, nicht nur auf dem Wohnungssektor, sondern auch beim Zugang zu Gütern, Dienstleistungen und Sozialleistungen, sie bestimmt ihre Fähigkeit, in mehr oder weniger gesicherten Verhältnissen zu leben, ihre beruflichen Chancen oder die Qualität der Schulbildung und die Zukunft der Kinder und so weiter.« (Robert Castel: Die Krise der Arbeit. Hamburg 2011.)



Die gedruckte Broschüre ist zum Preis von 5 Euro erhältlich bei: nordLINKS, c/o Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, E-Mail [redaktion@sozialismus.de](mailto:redaktion@sozialismus.de) oder kann heruntergeladen werden unter: [www.vorort-links.de/fileadmin/users/nordlinks/pdf-dateien/nords\\_LINKS-Soziale-Spaltungen\\_in\\_Hamburg\\_2014\\_Web.pdf](http://www.vorort-links.de/fileadmin/users/nordlinks/pdf-dateien/nords_LINKS-Soziale-Spaltungen_in_Hamburg_2014_Web.pdf).

Obwohl es Hamburg wirtschaftlich relativ gut geht, verhärtet sich die soziale Spaltung. So werden ältere Menschen, Arme und Migranten durch steigende Mieten an den Stadtrand gedrängt – diese Dynamik entsteht durch die Aufwertung »kreativer Viertel«. Und wer in einem »Problemstadtteil« wohnt, hat oft allein deshalb Probleme.

Vor allem eine wachsende Zahl von Haushalten mit sehr niedrigem Einkommen führt zu einer stärkeren Konzentration dieser Haushalte in den Gebieten der Stadt, in denen die Mietpreise niedrig sind. Das sind unsanierte Bestände in innerstädtischen Altbaugebieten und andere Quartiere mit niedriger Wohnqualität, die ein geringes Sozialprestige haben. Charakteristisch sind daher auch beim Wohnen die Präferenzen für bestimmte Stadtteile. Fast ein Viertel der Menschen mit Wurzeln im Ausland lebt im Bezirk Mitte. Ihr Anteil an der Bevölkerung liegt dort bei 45%. Auch in Harburg wohnen anteilig viele Menschen mit Migrationshintergrund, nämlich 38%. Mit 25% niedriger ist ihr Anteil in den Bezirken Nord und Eimsbüttel. Auch innerhalb der Bezirke gibt es große Unterschiede zwi-

schen den Stadtteilen: Billstedt, Wilhelmsburg und Rahlstedt sind die Stadtteile mit den absolut meisten Menschen anderer Ursprungsländer. Die höchsten Anteile gemessen an der Bevölkerung finden sich mit mehr als 70% in Billbrook und auf der Veddel sowie mit 61% in Neuallermöhe.

Die regierende Sozialdemokratie führt den beeindruckend hohen Anteil von BürgerInnen mit Migrationshintergrund auf die tolerante Kultur in der Hansestadt zurück. Bürgermeister Scholz: »Die lange republikanische Tradition unserer Stadt Hamburg und das hohe Maß an sozialem Zusammenhalt, an solidarischem Zusammenleben in einer weltoffenen international geprägten Stadt, sie wären ohne die Errungenschaften von 150 Jahren Arbeiterbewegung, von 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie nicht das, was sie sind.«

Dieser Stolz auf die hanseatische Weltoffenheit hat freilich die Kehrseite, dass die Regierenden sich kaum um die alltägliche Benachteiligung kümmern.

Es gibt für BürgerInnen mit Migrationshintergrund ein erschreckend geringes Angebot zur beruflichen Qualifizierung und sprachlichen Weiterbildung. In den Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil gibt es kaum ein auf diese Bevölkerungsteile zugeschnittenes Angebot öffentlicher Dienstleistungen. Migranten haben hohe Bildungsziele, aber wenig Möglichkeiten, diese zu erreichen. Ihr Erfolg oder Misserfolg hängt vor allem von dem/der Lehrer/in ab. Sie durchlaufen viele Umwege, Schleifen, Sackgassen und Neuorientierungsphasen. Die Gründe für den verzögerten Bildungsweg liegen nicht nur in oft mangelhaften Sprachkenntnissen und einer Zurückstufung der Schulklassenzugehörigkeit, wenn die Zuwanderung während der Schullaufbahn erfolgt; sie liegen auch in einer mangelnden Information der Eltern über den vergleichsweise komplizierten Aufbau des deutschen Bildungssystems sowie in weiterhin bestehenden Vorurteilen bei Schulen und Behörden. (...)

## Hamburg hat ArMUT



Mitternachtsbus der Diakonie für Obdachlose (Foto: Diakonie Hamburg)

Die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft belässt es nicht bei Broschüren, Anfragen und Anträgen, sie geht mit ihren Erkenntnissen und Forderungen auch an die Öffentlichkeit. In den Monaten April und Mai haben wir uns eine mehrteilige Veranstaltungsreihe unter dem Titel »Hamburg hat ArMUT« vorgenommen, und es soll dabei nicht vorrangig um Analysen und Anlagen gehen, wir konzentrieren uns vielmehr auf positive Ansätze, Beispiele und Erfahrungen, die uns im Kampf gegen die zunehmende soziale Spaltung in dieser Stadt nutzen.

Die Auftaktveranstaltung findet am Freitag, den 4. April, um 17:00 Uhr im Hamburger Rathaus (Raum 151) statt. »Es geht auch anders«, heißt es programmatisch, und im Mittelpunkt steht die »Finanzierung einer sozialen Infrastruktur

nach dem Modell Skandinavien«. Bessere Bezahlung für soziale Berufe, gute Ausstattung in den sozialen Einrichtungen, soziale Infrastruktur für alle Stadtteile, mehr Recht und mehr finanzielle Mittel für die Kommunen und die Stadtteile. Das wirkt in der heutigen Zeit wie eine utopische Vorstellung. Aber etliches davon ist in den skandinavischen Ländern Realität. Deshalb hat die Linksfraktion Cornelia Heintze eingeladen, die als Autorin des Buches »Straße des Erfolgs – Rahmenbedingungen, Umfang und Finanzierung kommunaler Dienste im deutsch-skandinavischen Vergleich« Diskussions- und Handlungsanregungen liefert, wie es besser gehen könnte, auch in Hamburg.

Hier die Ankündigung der Veranstaltungsreihe und die bereits feststehenden Termine im Überblick.



Hamburg, die gesplante Stadt. Fast 15% der gesamten Bevölkerung Hamburgs sind von Armut betroffen, darunter besonders Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Erwerbslose. Jedes fünfte Kind in Hamburg wächst in Armut auf, in machen Stadtteilen jedes zweite. Aufgrund von aktuellen Kürzungen, sinkenden Löhnen und Transferleistungen wird sich die Armut und soziale Spaltung in Hamburg weiter verschärfen. Doch – allein das Beklagen der Misere reicht nicht. Es braucht den Mut, auch Ideen und Lösungen jenseits von purer Armutsverwaltung zu entwickeln.

DIE LINKE will es wissen: Welche Gesundheitsversorgung braucht es im Quartier? Auch im Alter gut leben – welche Möglichkeiten gibt es, wenn man arm ist? Wie kann gutes Wohnen bezahlbar für alle sein? Welchen Beitrag leisten kulturpolitische Angebote für eine gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen in der Stadt? Welche Unterstützung braucht es für arme Kinder, Jugendliche und ihre Familien? Wie sieht der ideale Sozialraum aus?

Mit der Veranstaltungsreihe »Hamburg hat ArMUT« gehen wir in verschiedenen Hamburger Stadtteilen in Dialog und Reflexion mit Betroffenen, sozialen Bewegungen und Initiativen, VertreterInnen von Einrichtungen, Vereinen und Wohlfahrtsverbänden zu den Bereichen, in denen sich Armut auf das Leben vieler Menschen auswirkt.

**Bereits feststehende Termine**

<b>Titel</b>	<b>Datum</b>	<b>Ort</b>
<b>Es geht auch anders – Finanzierung einer sozialen Infrastruktur nach dem Modell Skandinavien</b>	Freitag, 4.4.2014 17:00 Uhr	Rathaussaal Raum 151, Rathausmarkt
<b>Kinderarmut in Harburg – was können wir gemeinsam dagegen tun? Ideen für eine bessere Soziale Arbeit im Stadtteil</b>	Mittwoch, 16.4.2014 19:00 Uhr	Feuervogel Bürgerzentrum Phönix, Maretstraße 50
<b>Bezahlbarer Wohnraum in Hamburg – wie kann das gehen? Rahmenbedingungen – Akteure – Interessen</b>	Dienstag, 22.4.2014 19:30 Uhr	Bürgerhaus Eidelstedt, Alte Elbgaustraße 12
<b>Auch im Alter gut leben – welche Möglichkeiten gibt es, wenn man alt und arm ist?</b>	Dienstag, 29.4.2014 19:00 Uhr	Brakula, Bramfelder Chaussee 265
<b>Auch im Alter gut leben – welche Möglichkeiten gibt es, wenn man alt und arm ist?</b>	Mittwoch, 7.5.2014 19:00 Uhr	Bürgerhaus Bornheide, Bornheide 76
<b>Gesund leben in Billstedt – was brauchen wir im Stadtteil?</b>	Donnerstag, 22.5.2014 19:00 Uhr	Kulturpalast Billstedt, Öjendorfer Weg 30

## Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Im vergangenen Monat neu herausgekommen ist die mittlerweile neunte Ausgabe des BSU-Materials **Hamburg. Deine Perlen. Integrierte Stadtteilentwicklung**. Das 24seitige Heft ist dem Schwerpunkt Europäischer Sozialfonds gewidmet – über den ESF werden eine ganze Reihe von Stadtteilprojekten gefördert. Darüber hinaus gibt es kleinere Berichte zu verschiedenen Sanierungsgebieten und zu den Veringhöfen in Wilhelmsburg. Alles herunterladen unter [www.hamburg.de/contentblob/4274186/data/d-h-d-p-ausg-9.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/4274186/data/d-h-d-p-ausg-9.pdf).

Wer sich für den Vergleich mit der Metropole Berlin interessiert, dem/der sei der **Handlungsorientierte Sozialstrukturatlas Berlin 2013** des Berliner Senats empfohlen. Ein Bericht darüber findet sich unter [www.berlin.de/sen/gessoz/presse/archiv/20140228.1215.394859.html#prin](http://www.berlin.de/sen/gessoz/presse/archiv/20140228.1215.394859.html#prin). Der Artikel verschafft einen Überblick über die angesprochenen Themen und enthält den Link zur eigentlichen Studie.



Die übers Knie gebrochenen Busbeschleunigungspläne des Senats sorgen für immer mehr Proteste. In Altona ist eine Initiative gegen die Verlegung der Haltestelle aktiv geworden, in Winterhude sind gleich Hunderte Menschen über die mangelnde Transparenz und Beteiligung empört und in St. Georg geht's wieder auf die Straße. Der Einwohnerverein demonstriert unter der Parole **Bussi Riot am Samstag, den 29. März, gegen die Busbeschleunigungspläne für die Lange Reihe**, gegen den Abbau von Ampeln und das Ersetzen durch »Sprunginseln« (im Volksmund Rettunginseln genannt), gegen eine Pseudobeschleunigung und eine bis zu zwölf Monate währende Umbauzeit für 1,3 Mio. Euro. Treffpunkt ist um 12:00 Uhr die Danziger Straße/Ecke Lange Reihe. Mehr dazu unter [www.ev-stgeorg.de](http://www.ev-stgeorg.de). Möglicherweise gib es in Bälde abgestimmte Aktionen längsseits der gesamten Metrobuslinie 6.

Diesmal etwas später, dafür mit den frisch aufgestellten KandidatInnen zur Bezirksversammlung lädt die **Bezirksfraktion der LINKEN Mitte** zum (Neu-)Jahresempfang: Am **Sonntag, den 30. März 2013** von 12 bis 15 Uhr in den Räumen der LAB-Hamm, Fahrenkamp 27, zwischen S-Bahn Hasselbrook und U-Bahn Rauhes Haus, ist Zeit für Gespräche, dazu gibt es kleine Speisen und Getränke.

Die Auseinandersetzungen um die Krim sorgen in den letzten Wochen für heftige Debatten. Grund genug für die Hamburger GewerkschaftsLinke bei ihrem 113. Jour Fixe das Thema **Eskalation in der Ukraine: Faschisten auf dem Vormarsch** aufzugreifen. Auf dieser Veranstaltung am **Mittwoch, den 2. April**, um 18:30 Uhr im Curiohaus (Rothenbaumchaussee 15, Hofdurchgang) wird die Journalistin Susann Witt-Stahl über die aktuellen Entwicklungen aus Kiew berichten, wo sie die letzten Wochen vor Ort war. Mehr zu den Veranstaltern unter <http://archiv.labournet.de/GewLinke/profile/hamburg.pdf> und zur Veranstaltung unter [www.jourfixe.hamburger-netzwerk.de/](http://www.jourfixe.hamburger-netzwerk.de/).

Die Harburger LINKE veranstaltet am **Donnerstag, den 3. April**, eine Debatte über **Soziale Spaltung und Wohnungsnot in Harburg**. Auf dem Podium ab 19:00 Uhr im Rieckhof (Rieckhoffstraße 12): Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus von der Bezirksfraktion der Harburger LINKEN.



In den kommenden Monaten stehen europaweit etliche Veranstaltungen, Ausstellungen, Fernseh- und Radioberichte über den »Ausbruch« des Ersten Weltkriegs 1914 auf dem Programm. 100 Jahre danach versuchen einige revisionistische Kreise, die deutsche Hauptschuld an diesem Völkermassaker kleinzureden oder gar zu negieren. In diesem Zusammenhang empfehlen wir eine Podiumsdiskussion

von nordLINKS am **Mittwoch, den 9. April**, um 18:30 Uhr in der Kaffeewelt (Böckmannstraße 3): **Krise und Krieg – Zur Debatte um den Ersten Weltkrieg**, lautet der Titel. Zu Gast ist der Hamburger Historiker Dr. Klaus Wernecke, der 1969 bei Fritz Fischer promoviert hatte. Mehr unter [www.vorort-links.de](http://www.vorort-links.de).

## BÜNDNIS GEGEN ROTSTIFT



**Gemeinsam: Für eine bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialpolitik**, so lautet das Motto einer Konferenz des Bündnisses gegen Rotstift am **Donnerstag, den 10. April**, von 14 bis 19 Uhr im Curio-Haus (Rothenbaumchaussee 15). Zu dieser Veranstaltung rufen u.a. der SoVD, die GEW, ver.di, attac und verschiedene Sozialverbände auf. Analysiert werden sollen u.a. die Ursachen für die Rotstiftpolitik, es geht aber auch um Forderungen und Alternativen. Beginn ist um 14 Uhr, ab 14:30

Uhr gibt es mehrere Referate zum Komplex Reichtum und Armut in Hamburg, zwischen 16:30 und 18:00 Uhr Workshops zur Wohnungspolitik, zu Einsparungen in der Suchthilfe, zur Bildungspolitik, zur Tarifpolitik im Öffentlichen Dienst und zu den Auswirkungen der Sparpolitik in den Bezirken. Abschließend werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammengetragen.

Wer sich mit der ganz frühen »Stadtentwicklung« Hamburgs beschäftigen will, sollte sich diesen Termin notieren: Am **Mittwoch, den 16. April**, lädt die altehrwürdige Patriotische Gesellschaft aus Anlass ihres 249. Gründungstages zur Veranstaltung **Mythos Hamburg: Vom Suchen und Finden der Anfänge Hamburgs** ein. Den entsprechenden Vortrag wird

Prof. Dr. Rainer-Maria Weiss halten, der Direktor des Archäologischen Museums Hamburg. Die Veranstaltung im Haus der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 6) beginnt um 19:00 Uhr. Um Anmeldung unter Tel. 36 66 19 oder per E-Mail an [info@patriotische-gesellschaft.de](mailto:info@patriotische-gesellschaft.de) wird gebeten.



Der **Ostermarsch**, organisiert vom Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung, findet in diesem Jahr wieder am **Ostermontag, den 21. April**, statt und beginnt um 11:30 Uhr in bzw. vor der St. Gertrudkirche (Immenhof 10). Die dort gegen 12:00 Uhr startende Demo endet gegen 14:00 in einem Friedensfest auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz an der Langen Reihe.

Am **Dienstag, den 22. April**, um 19:30 Uhr, lädt die Linksfraktion ein zur Veranstaltung **Bezahlbarer Wohnraum in Hamburg – wie kann das gehen?** im Bürgerhaus Eidelstedt (Alte Elbgaustraße 12). Dr. Tobias Behrens, der Geschäftsführer der STATTBAU HAMBURG GmbH, und Heike Sudmann beschäftigen sich mit diesem Thema: Mietenexplosion und Wohnungsnot in Hamburg treffen am härtesten diejenigen, die über wenig Einkommen verfügen. Deswegen ist vor allem erheblich mehr »öffentlich geförderter« Wohnungsbau vonnöten. Aber auch der »frei finanzierte« Wohnungsbau muss sich ändern und günstiger werden. Und darum soll es auf dieser Veranstaltung gehen, um Anregungen, Erfahrungen und politische Forderungen zu kostengünstigem Wohnungsbau – damit Wohnen nicht arm macht.



Um die **Leitmotive der LINKEN für bezahlbares Wohnen** geht es auf einer Veranstaltung der Stadtteilgruppe Bramfeld-Steilshoop am **Mittwoch, den 23. April**, um 18:30 Uhr im Stadtteiltreff der Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Ausländische Zusammenarbeit (AGDAZ) in der Fehlinghöhe 16. Auf dem Podium ist u.a. Heike Sudmann.

## Bergedorf und die »große Stadt im Westen«

Von Stephan Jersch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Bergedorf



Zurückerober: Bergedorfer Schloss 2012 (Foto: S. Jersch)

Mit Blick auf die Wahl zu den Bezirksversammlungen am 25. Mai 2014 hatten wir im November 2013 damit begonnen, allmonatlich eine/n Vertreter/in der LINKEN im »BürgerInnenbrief« zu Wort kommen zu lassen, um einen Blick auf die Spezifika, Probleme und Politik des jeweiligen Bezirks zu werfen. Den Anfang machte Hartmut Obens mit Eimsbütteler Impressionen (28.11.2013), es folgte Julian Georg mit einem Artikel zu Wandsbek (19.12.2013), Bernhard Stietz-Leipnitz berichtete über Hamburg-Mitte (22.1.2014), und zuletzt äußerte sich Sabine Boeddinghaus zu Harburg (25.2.2014). Der Fünfte in der Reihe ist Stephan Jersch, der uns Bergedorf näher bringt.

Im Kreis der sieben Bezirke ist Bergedorf allzu oft außen vor. 594 Jahre nach der Eroberung durch die Truppen Hamburgs und Lübecks ist die Wahrnehmung Bergedorfs im Westen immer noch nur lückenhaft. Dabei liegt im Osten vor der »großen Stadt« Hamburg mit Bergedorf eine Kommune, die mit 120.000 EinwohnerInnen alles bieten kann, was eine Großstadt so braucht. Oder: Was es in Bergedorf nicht gibt, das braucht man nicht.

Hamburgs Leuchtturmprojekt der »wachsenden Stadt« und die »Schuldenbremse« bestimmen nun mehr und mehr das tägliche Politikgeschehen im Bezirk, und die Auswirkungen werden Woche für Woche für alle BergedorferInnen sichtbar.

Wirtschaftssenator Horch verlangt von Bergedorf die Bereitstellung von mehr als 100 ha Flächen für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe, vor allem aber Logistik. Die Sicht auf den flächenmäßig größten Bezirk Bergedorf wird dabei getrübt von der offensichtlichen Unkenntnis darüber, dass es im Bezirk den festen Willen gibt, keine Flächen südlich der A25 bereitzustellen. Mit den Vier- und Marschlanden hat Hamburg hier seinen grünen Garten, in dem immer noch landwirtschaftliche Betriebe arbeiten und HamburgerInnen die Kulturland-

schaft mit großen Naturschutzgebieten in Reichweite des HVV bei einem Tagesausflug erleben können. Genauso wie das Museum im Bergedorfer Schloss ist auch das in den Vierlanden liegende Freilichtmuseum Rieck-Haus jetzt in bezirkliche Hände übergegangen. DIE LINKE Bergedorf hatte diesen Übergang schon 2008 gefordert, um den Bestand der Museen im Bezirk zu sichern. Das macht den Weg für eine partizipative Museumsplanung frei. Noch holprig und zumeist hinter verschlossenen Türen tagt der Museumsbeirat, um die Planungen zu begleiten. DIE LINKE Bergedorf tritt weiter dafür an, dass ein Beirat das Licht der Öffentlichkeit verdient und es nicht zu scheuen braucht.

Der Flächenhunger Hamburgs lässt die Stadtplanung in Bergedorf an vielen Ecken knirschen. DIE LINKE hat dafür gesorgt, dass ein Flächenkataster erstellt wird, in dem die Flächen aufgeführt werden, die von verschiedenen Nutzungsforderungen betroffen sind. Landwirtschaft, Gewerbe und Wohnungsbau streiten über die Flächennutzung. Außerdem weist Hamburg eine Ausgleichsfläche nach der anderen im Bezirk aus: für Airbus, die A26 aus Stade, für den B-Plan Barmbek-Nord 33, die Schlickdeponie Feldhofe usw.

Mit dem Wohnungsbauprogramm hat sich Bergedorf vorgenommen, 600 Wohnungen jährlich zu genehmigen. Diese Latte lag bisher zu hoch für den Bezirk. Der Anteil der Sozialwohnungen ist dabei auch noch viel zu gering. Alleine 150 Wohnungen in den Vier- und Marschlanden fallen aus der Bemessung heraus. Hier wird kein Geschosswohnungsbau betrieben. Von den restlichen 450 Wohnungen sollen 150 öffentlich gefördert werden. Dabei rechnet der Bezirk sich die Zahlen schön: Studentenwohnungen und seniorengerechte Wohnungen bilden den Großteil des Sozialwohnungsanteils. Selbst diese 150 Wohnungen stehen einem Wegfall von mehr als 7.000 Sozialwohnungen seit 2001 gegenüber. Neuller-



möhe-West ist seit Jahren von der Sozialbindung befreit, fließt aber als sozialer Wohnraum in jede Statistik ein. DIE LINKE hat ein nachvollziehbares Controlling und eine Steigerung des viel zu niedrigen 30%-Anteils gefordert.

Die Politik des Zentralisierens und Ausblutens der Bezirke hinterlässt ihre Spuren im Bezirk. Das Bezirksamt dünnt die Personaldecke laufend aus und versucht unter dem Kürzungsdruck des Senats Aufgaben zu privatisieren. Die Privatisierung der Wochenmärkte konnte auch aufgrund des Widerstands der LINKEN und der MarktbeschickerInnen genauso verhindert werden wie die Ausgliederung des Friedhofs in einen Landesbetrieb. Die Zerschlagung des Bezirklichen Ordnungsdienstes (BOD) konnten wir nicht verhindern, zu lange wurden die Vorbereitungen geheim gehalten. Die SPD-Mehrheitsfraktion konnte sich hier durchsetzen. Der Widerstand gilt jetzt dem Wegfall der Stelle des Integrationsbeauftragten. Der Bezirksamtsleiter verkündete im Neujahrsinterview, dass es die Aufgabe des Integrationsbeauftragten im Jahr 2014 sei, sich selber überflüssig zu machen. Bergedorf wäre damit der einzige Bezirk, der keinen Integrationsbeauftragten mehr hätte. Zuletzt gab es erstmals Anzeichen, dass sich der Widerstand auszahlen wird. Ganz neu sind die Patenschaften für Grünflächen: Das Bezirksamt kann, bis auf zwei Stellen, Blumenbeete nicht mehr unterhalten – die Personaldecke und die Finanzen lassen dafür keinen Spielraum mehr. Der Zentralisierungsoffensive des Senats stellen wir seit Jahren die Forderung der Verlagerung von Verantwortlichkeiten in die Bezirke gegenüber. So könnte ein eigenes Haushaltsrecht endlich auch einen BürgerInnenhaushalt und mehr direkte Demokratie im Bezirk ermöglichen.

Seit zwei Jahren kämpfen Bergedorfs Bürgerhäuser um ihr Überleben. Kein Bezirk hat mehr Bürgerhäuser als Bergedorf, weil die Bezirkspolitik es in den 1980ern und 1990ern verpasst hat, Stadtteilkulturzentren zu fördern. Als Ersatz wurden hier vier Bürgerhäuser gegründet. Die Finanzlage war schon immer eng und wurde nach dem Wegfall der Ein-Euro-Kräfte, was DIE LINKE immer verlangt hat, mit den spärlichen Geldmitteln des Bezirks zusätzlich unterstützt. Die SPD-Mehrheitsfraktion hat diese Unterstützung stark gekappt und MitarbeiterInnen mussten entlassen sowie Angebote eingeschränkt werden. Das Thema wurde mit Unterstützung der LINKEN immer wieder eingebracht. Mittlerweile wurden, zu spät für die Rücknahme der Kürzungen, aber immerhin, zusätzliche Mittel bereitgestellt. Immer noch weigert sich aber die zuständige Finanzbehörde, eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen.



Fotos: Stephan Jerssch

Außerdem stellt sich die Kulturbehörde quer, das KulturA zu einem Stadtteilkulturzentrum zu machen. Hier fehlt es in Hamburg an der Einsicht in die besondere Struktur Bergedorfs. Letztendlich werden die Bürgerhäuser um den Preis ihrer Existenz dazu verdammt, die Fehler der Bezirkspolitik aus dem letzten Jahrhundert auszubaden.

Im Bezirk Bergedorf wird seit fast 100 Jahren Erdöl und Erdgas gefördert. Teile der Vier- und Marschlande bestehen wie ein Schweizer Käse aus alten, verschlossenen Bohrlöchern. Die alten Kavernen werden nun teilweise als Erdgasspeicher genutzt. Mit dem Fracking-Boom aus den USA, einer Förder-technik, bei der Bohrungen über mehrere Kilometer horizontal vorgetrieben werden und mit hohem Druck ein Chemiecocktail zum Aufbrechen des Gesteins eingepresst wird, haben auch die Ölmultis ExxonMobil und Shell wieder Gefallen am Bezirk gefunden. An dessen Gremien vorbei hat die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) den Multis eine Aufsuchungsgenehmigung erteilen lassen. ExxonMobil hat aus seiner Absicht zu fracken kein Geheimnis gemacht. Den Fraktionen wurde sogar in einem nicht-öffentlichen Gespräch die Ungefährlichkeit des Verfahrens zu erläutern versucht. Damit ist der erste Schritt zum Fracking, das in den USA bereits ganze Landstriche verwüstet hat, gemacht. DIE LINKE hat frühzeitig über die drohende Gefahr informiert. Mittlerweile ist eine Bürgerinitiative aktiv, die sich bundesweit vernetzt hat und dafür sorgt, dass der vielfach aus der GroKo verbreiteten Lüge »Fracking ist tot« die Wahrheit entgegengestellt wird. Nicht zuletzt die grünen Umweltminister in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind Rekordhalter im Erteilen von Aufsuchungsgenehmigungen für die Fracking-Industrie.

Alles in allem steht Bergedorf an einem Scheidepunkt. Der Investitionsstau wird aufgrund der miserablen Geldzuweisungen Hamburgs stetig größer. Die Anbindung mit dem ÖPNV und der Bundesbahn wird entweder nicht aus- oder kontinuierlich abgebaut, wie z.B. bei den Bundesbahnanbindungen. Wer aus Bergedorf nach Berlin fährt, fährt zumeist erst nach Hamburg, um dann 40 Minuten später wieder Richtung Berlin durch Bergedorf zu fahren. Nur noch drei ECs halten täglich in Bergedorf.

Das alles macht ein ganz spezielles Gefühl gegenüber der »großen Stadt im Westen«. Wie es der ehemalige Bürgermeister Bergedorfs und jetzige Staatsrat Dr. Krupp öfter mal sagte: Bergedorf wäre die drittgrößte Stadt Schleswig-Holsteins.

# »PRIMO« – Plünderung öffentlichen Eigentums

Von Norbert Hackbusch, haushaltspolitischer Sprecher, und Norbert Weber, Mitarbeiter der Linksfraktion



Auch verschärft: Bezirksamt Wandsbek, Schlossstraße (Wikipedia)

Auf Betreiben des damaligen CDU-Senats, insbesondere Wolfgang Peiners als Finanzsenator, wurden 2006 wertvolle städtische Immobilien an den Investor Captiva/Alstria verkauft. Die veräußerten Immobilien wurden sofort von der Stadt zurückgemietet, jedoch zu außergewöhnlich ungünstigen Bedingungen. Mehrere Personen, die durch die Stadt mit der Bewertung der zu verkaufenden Immobilien und der Aushandlung der Verträge beauftragt worden waren, wechselten kurz nach dem Verkauf zur Käuferin Alstria, ließen die ehemals städtischen Immobilien wieder aufwerten und gründeten jeweils eigene Immobilien-Verwaltungs-Gesellschaften. Durch dieses Geschäft, die überbezahlten Mietzahlungen der Stadt und andere Punkte der Mietverträge sowie durch faktische Steuerbefreiung erzielen sie seit 2007 enorme Gewinne, nicht zuletzt zu Lasten der öffentlichen Hand.

## 1. Betroffene Immobilien

Gegenstand des dubiosen Deals sind 39 nach wie vor von der Stadt genutzte Objekte, darunter so prominente Anwesen wie

- Alter Steinweg 4 (Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Personalbehörde, Finanzbehörde)
- Drehbahn 36 (Justizbehörde)
- Gänsemarkt 36 (Finanzbehörde, Landesrechnungshof)
- Poststraße 11 (Alte Post, Bürgerschaftskanzlei, Senatskanzlei) und
- Steinstraße 10 (Finanzamt Hansa u.a.).

Im selben Zusammenhang wurden – allerdings an andere KäuferInnen und zu anderen Bedingungen – weitere 89 städtische Objekte privatisiert und anschließend wieder angemietet.

Die Verkäufe erfolgten im Rahmen der Mitte 2005 begonnenen Privatisierungsinitiative »Projekt PRIMO« des CDU-Senats

unter Ole von Beust und Finanzsenator Wolfgang Peiner. Ziel dieses groß angelegten Verkaufs öffentlichen Eigentums war nach Aussagen des Finanzsenators eine Entlastung der öffentlichen Kassen: Mit den Verkaufserlösen sollten u.a. Investitionen gesteigert und »Schulden städtischer Gesellschaften zurückgeführt« werden. Nach offizieller Mitteilung richtete sich die Verkaufsinitiative in erster Linie an »internationale Investoren«.

## 2. Kaufumstände und Vertragsdetails

Tatsächlich griffen jedoch keine internationalen InvestorInnen zu, sondern ein neugegründetes Hamburger Unternehmen, die Verwaltung Alstria Erste Hamburgische Grundbesitz GmbH (kurz darauf umbenannt in Alstria Office AG, später Alstria First German REIT, kurz Alstria). Sie wurde am 20. Januar 2006 von der Captiva Capital Partners II S. C. A., kurz Captiva, als Tochterunternehmen ohne nennenswertes Eigenkapital zur Durchführung des Immobiliendeals gegründet. Captiva/Alstria kaufte im Frühjahr 2006 die beiden ersten und wertvollsten von insgesamt vier Immobilienportfolios zum Preis von lediglich 815,5 Mio. Euro.

Obwohl die Alstria selbst über kein nennenswertes Eigenkapital verfügte, ermöglichte in erster Linie die HSH Nordbank den Erwerb der städtischen Immobilien durch einen Konsortialkredit in Höhe von 1,139 Mrd. Euro, der fast vollständig in Anspruch genommen wurde. Die Vorfinanzierungen der Muttergesellschaften wurden dadurch vollständig abgelöst.

Beraten wurde die Freie und Hansestadt Hamburg beim »Projekt PRIMO« – unter anderem bei der Bewertung der zu verkaufenden Immobilien und den Vertragsdetails – durch die Wirtschaftsberatungsgesellschaft Freshfields Bruckhaus Deeringer (kurz Freshfields) und das Bankhaus Warburg.

Bestandteil des Kaufvertrags wurde u.a., dass die Alstria die bestehenden Mietverträge übernimmt, also Vermieterin von Behörden und Einrichtungen der Freien und Hansestadt wurde. Nur mit einem derart solventen Mieter konnte das Geschäftsmodell funktionieren. Dabei wurde nach unseren Recherchen u.a. festgeschrieben, dass die Stadt als nunmehrige Mieterin auch wesentliche Instandhaltungs- und Reparaturkosten, Modernisierungen, Umbauten usw. an den angemieteten Immobilien selbst übernimmt.

### 3. Wundersame Geldvermehrung bei der Alstria

Kaum hatte die Alstria die u.a. durch Freshfields und Warburg günstig gerechneten Immobilien erstanden, wurde ihr Wert durch Bewertungsänderungen wieder massiv gesteigert. Bereits im Rumpfgeschäftsjahr 2006 wurde von der Alstria zur Bewertung des erworbenen Immobilienbestandes das so genannte Topslice-Hardcore-Verfahren gewählt. Dieses Verfahren wird üblicherweise immer dann angewendet, wenn tatsächliche Mieteinnahmen höher sind als marktübliche. Hierbei werden die eingehenden Mieten faktisch auf ewig kapitalisiert (»bottom slice«) und danach die Differenz zwischen Marktmieten und bezahlten Mieten (»top slice«) für den Zeitraum der erhöhten Mieten kapitalisiert und zum »bottom slice« addiert. So genannte overrented Immobilien (heißt: mit über der Marktmiete liegenden derzeitigen Mieten) können damit neu eingewertet werden. Dadurch und durch Weiterverkäufe und Börsengang schuf die zuvor faktisch mittellose Alstria innerhalb weniger Jahre ein Eigenkapital von mehr als 800 Mio. Euro – Vermögen, das aufgrund des realen Werts der Immobilien eigentlich der Stadt gehören müsste.

### 4. Handelnde Personen

Maßgeblich handelnde Personen im Rahmen des »Projekt PRIMO« bei der Stadt, der HSH Nordbank und bei Freshfields waren:

- Johannes Conradi: Er beriet als Partner von Freshfields die Stadt Hamburg beim Verkauf des Immobilienportfolios (insgesamt stellte die Stadt für Beratung und Gutachten acht Mio. Euro zur Verfügung) an die Alstria. Bereits unmittelbar nach der Neustrukturierung der Alstria 2007 trat Conradi in den Aufsichtsrat der Alstria ein.
- Christian Olearius: Er beriet als Vorstand des Bankhauses Warburg ebenfalls die Verkäuferin, die Stadt Hamburg. Auch er wurde wenige Monate nach dem Immobiliengeschäft Mitglied im Aufsichtsrat der Alstria, dem er bis August 2008 angehörte.
- Alexander Stuhlmann: Er forcierte als Vorstandsvorsitzender der HSH Nordbank die Gewährung des Milliardenkredits für die praktisch mittellose Alstria und ermöglichte damit erst die Kapitalausstattung der Alstria. Mit der Neustrukturierung der Alstria wurde Stuhlmann mit Wirkung zum 1. April 2007 zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.
- Wolfgang Peiner: Der CDU-Finanzsenator der Freien und Hansestadt war für die Durchführung des »Projekt PRIMO«, die Berufung der BeraterInnen und GutachterInnen usw. verantwortlich.

### 5. Rückwirkende Steuerbefreiung – Anhaltender Schaden für die Stadt

Zur weiteren Geldvermehrung beantragte und erhielt die Alstria – im Jahr 2009 – rückwirkend per 2007 den Status als REIT (Real Estate Investment Trust). Dieser erst 2007 in Deutschland zugelassene Status bringt eine faktische Freistellung von sämtlichen Steuerlasten (Einkommens-, Gewerbe-, Körperschaftssteuern). Steuerlasten dürfen an die AnteilseignerInnen der Aktiengesellschaft weitergereicht werden, die Gesellschaft selbst ist steuerbefreit – die Alstria wirbt entsprechend offensiv mit ihrem »Tax off«-Wettbewerbsvorteil.

Damit hat die Stadt Hamburg nicht nur ihren wertvollen Immobilienbesitz weit unter Wert verloren, selbst Steuereinnahmen aus dem Gewinn dieses Deals bleiben der Hansestadt vorenthalten.

### 6. Fazit

Unter den Augen des Finanzsenators wurden zahlreiche wertvolle Immobilien aus städtischem Besitz planmäßig abgewertet und dann zum Schaden der Stadt verkauft. Anschließend wurden sie – erneut zum Schaden der Stadt – zu bewusst ungünstig gestalteten Bedingungen zurückgemietet. Den mit diesem Deal erzielten Gewinn versteuert die Käuferin der Immobilien bis heute nicht. Der massive finanzielle Schaden für die Stadt Hamburg hält bis heute an.

Die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft fordert vom Senat, die Entwicklung der Immobilien-Portfolien vollständig darzustellen – sowohl ihre Wertentwicklung und die Mietbelastung für die Stadt als auch die aktuelle Eigentümerschaft bei von der Alstria bereits weiterveräußerten Objekten. Zudem fordert die Fraktion Akteneinsicht in alle Unterlagen und Verträge, insbesondere die Mietverträge. Hierzu sind bereits Anfragen, Anträge bzw. Aktenvorlageersuchen eingereicht worden.

### Die Objektliste aus Portfolio 1 und 2

(aus: Anlage 1 zur Bürgerschaftsdrucksache 18/3678)

Eigentümer	Adresse	Bezirk	Portfolio	Rückmietzeit (Jahre)*
SpriAG/ FHH**	Alter Steinweg 4/ Wexstr. 7	Mitte	1	20
VHG	Drehbahn 36	Mitte	1	30
VHG	Gänsemarkt 36	Mitte	1	20
VHG	Poststr. 11 (Alte Post)	Mitte	1	10 (rd. 70% d. Mietfläche)
VHG	Steinstr. 10	Mitte	1	20
FHH	Alte Königsstr. 29	Altona	2	10
VHG	Amsinckstr. 28	Mitte	2	5
VHG	Amsinckstr. 34	Mitte	2	5
VHG	Basselweg 73	Eimsb.	2	20
SpriAG/ FHH**	Baumeisterstr.	Mitte	2	0
VHG	Besenbinderhof 41	Mitte	2	3
VHG	Buxtehuder Str. 9, 9a, 11, 11a	Harburg	2	20 (rd. 80% d. Mietfläche)
VHG	Düsternstr. 10	Mitte	2	5
VHG	Eppendorfer Landstr. 59	Nord	2	5

Eigen-tümer	Adresse	Bezirk	Port- folio	Rückmiet- zeit (Jahre)*
VHG	Ernst-Merck-Str. 8 (Bieberhaus)	Mitte	2	10 (rd. 80% d. Mietfläche)
VHG	Garstedter Weg 13	Eimsb.	2	10
VHG	Gorch-Fock-Wall 11	Mitte	2	20
VHG	Gorch-Fock-W. 15, 17	Mitte	2	20
VHG	Grindelberg 62-66	Eimsb.	2	20
SpriAG	Gr. Bleichen 23/27	Mitte	2	3 (rd. 17% d. Mietfläche)
FHH	Großneumarkt 16	Mitte	2	0
FHH	Hammer Steind. 129	Mitte	2	20
VHG	Herthastr. 20	Wandsb.	2	10
VHG	Johanniswall 4/Altstädter Str. 2	Mitte	2	30 (rd. 80% d. Mietfläche)
VHG	Kaiser-Wilh.-Str. 79-87	Mitte	2	1-5 (mehrere Anmietungen)
VHG	Kattunbleiche 19	Wandsb.	2	30
VHG	Kümmellstr. 5-7	Nord	2	20
VHG	Lenhartzstr. 28	Nord	2	10
VHG	Ludwig-Rosenberg-Ring 41	Berged.	2	10 (rd. 80% d. Mietfläche)
VHG	Max-Brauer-Allee 89-91	Altona	2	20
VHG	Öjendorfer Weg 9-11	Mitte	2	10
VHG	Osterbekstr. 96	Nord	2	20
FHH	Ottenser Marktplatz 10/2	Altona	2	10

Eigen-tümer	Adresse	Bezirk	Port- folio	Rückmiet- zeit (Jahre)*
SpriAG	Poststr. 51	Mitte	2	0
VHG	Rahlstedter Str. 151-157	Wandsb.	2	10
VHG	Schloßstr. 60/Am Alten Posthaus 1-9	Wandsb.	2	10
VHG	Steckelhörn 11	Mitte	2	0
VHG	Steckelhörn 12	Mitte	2	20
SpriAG	Steinstr. 7, Bartholomay-Haus	Mitte	2	0

\* In den meisten Fällen mietet die FHH das Gebäude vollständig oder nahezu vollständig zurück. \*\* Erbbaurecht: FHH ist Grundstückseigentümerin, SpriAG ist Gebäudeeigentümerin.

Gekennzeichnet sind Gebäude, in denen der Flächenanteil der FHH weniger als 90% beträgt.

**Folgende Objekte wurden über die Jahre von der Alstria wieder weiterverkauft:**

Eppendorfer Landstr. 59 | Gorck-Fock-Wall 11 | Gorch-Fock Wall 15, 17 | Große Bleichen 23-27 | Harburger Ring 17 | Kaiser-Wilhelm-Str. 79-87 | Kanalstr. 44 | Kümmelstr. 5-7 | Lenhartzstr. 28 | Ottenser Marktplatz 10/12 | Poststr. 11 (Alte Post) | Poststr. 51 | Rahlstedter Str. 151-157 | Schlossstr. 60 | Steckelhörn 12

## Eine beispielhafte Aktion in der Lenzsiedlung



Lenzsiedlung aus der Luft (Wikipedia)

Kurz vor der Fertigstellung dieses »BürgerInnenbriefs« erreicht uns die Nachricht, dass die BewohnerInnen des Lenzviertels im Bezirk Eimsbüttel Protest erheben gegen das drohende Auslaufen ihrer Sozial- und Mietpreisbindungen. Unter dem folgenden Text werden in den kommenden Tagen Un-

terschriften gesammelt – was unsere wärmste Unterstützung findet! Den Aufruf hat Manuela Pagels initiiert, aktiv im Lenzviertel und im dortigen Stadtteilbeirat, zugleich Kandidatin der LINKEN für die Wahl zur Bezirksversammlung Eimsbüttel.

## Wir wollen eine sichere Zukunft!

Wir, die Bewohnerinnen und Bewohner der **Eimsbütteler Lenzsiedlung**, fordern den Hamburger Senat auf, die im Jahr 2016 auslaufende Sozialbindung der SAGA-Wohnungen zu verlängern.

In der Lenzsiedlung leben ca. 3.000 Menschen aus mehr als 60 Nationen. Wir leben hier gemeinsam in Frieden und guter Nachbarschaft. Im Laufe der Quartiersentwicklung wurden das Wohnumfeld erneuert, Spielplätze gebaut, die Häuser saniert und das Bürgerhaus bekam einen Anbau. Der ansässige Verein Lenzsiedlung e.V. bietet den BewohnerInnen Vernetzung, Kommunikation, Beratungs- und Bildungsangebote und vieles mehr. Der Stadtteilbeirat tagt seit 2000 und entwickelt eigene Projekte, seit 2001 wird die Stadtteilzeitung »LenzLive« vierteljährlich veröffentlicht. Alle Projekte sind geprägt vom Zusammenspiel vieler ehrenamtlicher BewohnerInnen und der professionellen Akteure.

Die abgegebenen Erklärungen von SAGA und GbR Bringezu, die Mieten ab 2016 nicht zu erhöhen, sind rechtlich unverbindlich und geben uns keinerlei Sicherheit.

Wir sehen an dieser Stelle auch den Hamburger Senat in der Pflicht, mit dem Gewinn aus der Vermietung von Sozialwohnungen neue zu schaffen bzw. die bestehenden Sozialwohnungen als solche langfristig zu erhalten und die Sozialbindung fortzuschreiben.

- Die im Jahr 2016 auslaufende Sozialbindung gefährdet unsere Wohnungs- und Lebenssituation!
- Wir wollen nicht durch höhere Mieten und Zwangsräumungen aus unseren Wohnungen vertrieben werden!
- Dagegen MUSS der Hamburger Senat etwas tun – und er KANN etwas dagegen tun!

Deshalb unsere Forderung: Verlängerung der Sozialbindung aller SAGA-Häuser in der Lenzsiedlung um 15 Jahre durch einen juristisch bindenden Beschluss des Hamburger Senats!

## Die Wohnungsnot ist noch viel größer!



Borcherting in Steilshoop (Foto: flamenc/Wikipedia)

Eine Große Anfrage der Linksfraktion zum Thema Freistellungen bei Sozialwohnungen hat jetzt umfangreiche Daten erbracht, die unterstreichen, dass die sowieso schon schwindende Zahl an Sozialwohnungen, die eigens für einkommensarme Haushalte errichtet worden sind, noch viel geringer ist als angenommen (Drs. 20/10649 vom 21.2.2014). Nicht neu, aber doch noch einmal eindrücklich ist der Rückgang der Wohnungsbestände mit Sozialbindungen: Gab es in Hamburg 1990 noch 265.600 dieser Wohneinheiten, waren es 2000 noch 150.982, 2010 nur noch 101.433 (Antwort 5), bis zum 6. Februar 2014 war die Zahl auf 88.678 abgesunken (Antwort 2).

Doch – allemal in dieser Dimension – überraschend ist, dass es für gut 20% aller Sozialwohnungen so genannte Freistellungen von den Einkommensgrenzen für den Bezug solcher öffentlich geförderten Wohneinheiten noch während der Sozialbindungs-Laufzeit gibt. Von den laut Senatsantwort zurzeit noch vorhandenen 88.678 Sozialwohnungen (davon 81.181 im ersten Förderweg errichteten) liegen genau 18.990 in einem der vier Gebietsfreistellungsgebiete in Mümmelmannsberg, Neuallermöhe-West, Steilshoop und Wilhelmsburg (Antwort 11). Damit stehen gut 21% der Sozialwohnungen für Haushalte zur Verfügung, die über den entsprechenden Einkommensgrenzen liegen. Tatsächlich leben in

den Wohnungen freigestellter Gebiete allerdings auch Haushalte mit Wohnungsberechtigungsschein (Antwort 9) – wie viel genau, weiß der Senat nicht –, also genau die Klientel, für die die Sozialwohnungen eigentlich gebaut worden sind. Auf der anderen Seite weist der Senat aber auch darauf hin, dass es außerhalb der betreffenden Gebiete Einzelfreistellungen gibt, deren Anzahl er in Gänze leider ebenfalls nicht benennen kann (Antwort 12).

Weiterhin ergibt sich aus der Senatsantwort schlaglichtartig, dass die Wohnungsnot im Segment einkommensarmer Haushalte weiter zunimmt. Die Zahl der unversorgten Haushalte mit Dringlichkeitsschein ist zwischen 2008 und 2013 von 3.024 auf 5.149 angewachsen (Antwort 7). Glücklicherweise nicht annähernd so stark hat die Zahl der Haushalte mit Dringlichkeitsbestätigung zugenommen (Antwort 8): Dennoch 2.371 unversorgte Haushalte (2008: 2.092 Haushalte) in ganz besonders prekären Verhältnissen sind ein Armutszeugnis für die Stadt, vor allem vor dem Hintergrund, dass für diese beiden zuletzt genannten, besonders benachteiligten Personengruppen eigentlich genug Sozialwohnungen zur Verfügung ständen.

Die Begründungen für Gebiets- oder Einzelfreistellungen mögen ja diskutabel sein, aber in der jetzt bekannt gewordenen Größenordnung laufen sie doch der großen Wohnungsnot bei Menschen mit wenig Einkommen zuwider. Schon gar nicht ist nachvollziehbar, warum die Gebietsfreistellungen erst kürzlich verlängert worden sind. Hier hätte doch angesichts der katastrophalen Unterversorgung für besonders benachteiligte Haushalte umgesteuert werden können und müssen.

So ergeben die Aussagen und Angaben des Senats eindeutig: Die Wohnungsnot der Menschen mit wenig Geld ist noch viel größer als bisher diskutiert, denn es stehen von den knapp 89.000 Sozialwohnungen viele Tausend den entsprechenden Einkommensgruppen gar nicht wirklich zur Verfügung. Dies ist um so bedrückender und politisch bemerkenswerter, als 41% der Hamburger Haushalte einen Anspruch auf eine Sozialwohnung im ersten Förderweg haben. Doch den 400.000 Haushalten mit potenziellem §5-Schein stehen nicht einmal die oft zitierten knapp 89.000 Sozialwohnungen gegenüber. Da läuft was völlig schief im Staate Hamburg.

## Auf zum »Beteiligungsforum« der Initiativen



1. Konferenz des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte 2013 (M. Joho)

»Gestaltungsmacht oder Mitmachfalle?« – Unter diesem Titel rufen mehrere Stadtteilinitiativen und der Verein Mehr Demokratie e.V. zu einem »Beteiligungsforum« am 9. Mai in Wilhelmsburg auf. Ziel der Veranstaltung ist es, eine Art Bilanz der BürgerInnenbeteiligung zu ziehen und herauszuarbeiten, dass vieles in der Stadt, was seitens der Behörden und Politik unter dieser Überschrift segelt, mehr Schein als Sein ist. Um dies an vielen, konkreten Beispielen zu überprüfen und Erfahrungen auszutauschen, aber auch gemeinsame Forderungen

aufzustellen, wird das Beteiligungsforum durchgeführt. Wir unterstützen das Anliegen dieser Veranstaltung selbstverständlich und möchten auch die LeserInnen des »BürgerInnenbriefes« animieren, teilzunehmen.

Denn als LINKE engagieren wir uns auf allen Ebenen für eine Demokratisierung dieser Stadt und planen rechtzeitig zu dieser Konferenz die Herausgabe einer eigenen »Beteiligungs-broschüre«. Wir dokumentieren hier den Aufruf mit Stand vom 24. März.

## Gestaltungsmacht oder Mitmachfalle?

### Zum Stand von Bürgerbeteiligung und Stadtteildemokratie in Hamburg

**Beteiligungsforum am Freitag, den 9. Mai 2014, Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20, 16-22 Uhr**

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über Bürgerbeteiligung, Beteiligungsverfahren und Stadtteilbeiräte zu lesen oder zu hören ist. Partizipation ist »in«, scheint zur Sache aller Parteien und der Verwaltung geworden zu sein. Gerade erst hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) eine 40seitige Broschüre mit dem Titel »Hamburg gemeinsam gestalten – Bürgerbeteiligung und -information in der Stadtentwicklung« vorgelegt. Doch wie sieht es damit wirklich aus, mit der Beteiligung der Menschen und Initiativen vor Ort? Mit dem Ernstnehmen ihres Engagements, der Forderungen und Ideen, letztlich mit der Wirkungsmächtigkeit der Bürger\*innen in den Quartieren? Oder lassen uns Politik und Verwaltung nicht doch immer wieder in eine Mitmachfalle tapsen. Die sich die Freie und Hansestadt durchaus etwas kosten lässt, aber eben ohne nachhaltige Bedeutung? Wir wollen Zwischenbilanz ziehen und die Frage erörtern, wie es mit der Stadt- und der Stadtteildemokratie in Hamburg wirklich beschaffen ist. Wir wollen von gelungenen Beispielen erfahren, wo Menschen ihre Interessen selbst in die Hand genommen haben – und dabei von Politik und Behörden nicht übergangen wurden bzw. werden konnten. Wir wollen aber auch Finger in die Wunden legen, wo uns so etwas wie Bürgerbeteiligung nur vorgegaukelt wird.

Nicht zufällig laden wir zum Beteiligungsforum am Freitag, den 9. Mai 2014 ein, denn gut zwei Wochen später – am 25. Mai – finden die Wahlen zu den sieben Hamburger Bezirksversammlungen und zum Europaparlament statt. Politiker\*innen aller Parteien sind in solchen Phasen erfahrungsgemäß empfänglicher für die Wünsche von unten, und so soll auch ihnen präsentiert werden, worum es den Organisierenden und Teilnehmenden des Forums geht: um mehr Möglichkeiten, Rechte und Mittel für die Mitwirkung der Menschen in den Quartieren. Doch vor allem soll das Forum Bürgerbeteiligung dazu dienen, sich über den erreichten Stand mit seinen Höhen und Tiefen auszutauschen und gemeinsame Perspektiven zu formulieren. Dazu wollen wir vorab Thesenpapiere erarbeiten, die auf dem Forum weiterentwickelt werden. Daher wenden wir uns an Initiativen und Vereine, Stadtteilaktivist\*innen, Beirat\*innen, an die Netzwerke engagierter Bürger\*innen und nicht zuletzt auch an die Politiker\*innen, die insbesondere zur abendlichen Podiumsdiskussion eingeladen sind.

#### Ablauf und Inhalt (Stand 24. März):

- Ab 15 Uhr: Im Foyer und Saal können sich Initiativen und Parteien auf Stellwänden und Tischen präsentieren. Kaffee & Kuchen (auf eigene Kosten) stehen parat.
- 16-19 Uhr: Bestandsaufnahme der Bürgerbeteiligung in Hamburg mit thesenartigen Inputs und Kommentaren weiterer Initiativler\*innen und Akteur\*innen mit unterschiedlichen Erfahrungen. Dazu haben wir vier Themenbereiche geplant:
  1. Quartiers- und Stadtteilbeiräte: Tod auf Raten oder neuer Standard der Stadtteildemokratie?
  2. Recht auf Stadt: Von Selbstermächtigung und neuen Aktionsformen.
    - Pause
  3. Großprojekte: Bürgerbeteiligung als Marketinginstrument. Die Ohnmacht der Parlamente und die Chancen unabhängiger Bürgerorganisation.
  4. Bürgerentscheide, Transparenz und kommunalpolitische Kompetenzen.
- 19-20 Uhr: Pause, Essen und Trinken (auf eigene Kosten)
- 20-22 Uhr: Podiumsdiskussion mit Vertreter\*innen von SPD, CDU, FDP, GRÜNE, LINKE und PIRATEN (angefragt) und Beiträgen aus dem Plenum.

Für das Beteiligungsforum »Gestaltungsmacht oder Mitmachfalle?« ist eine breite Beteiligung möglichst vieler Stadtteile und Initiativen entscheidend. Nur durch gemeinsames, vielfältiges Auftreten können wir unsere Kraft in die Waagschale werfen und mehr Gestaltungsmacht auf allen Ebenen erreichen. Mit diesem Aufruf wenden wir uns zunächst an die Netzwerke und Initiativen in Hamburg mit der Bitte um Unterstützung und Beteiligung, zuvorderst um die Unterzeichnung dieses Aufrufs.

**Öffentlichkeit.** Wir hoffen auf Hamburg-weite Resonanz und streben eine Dokumentation der Debatten und Ergebnisse an.

**Finanzierung.** Die Kosten werden von den Organisator\*innen und durch Spenden bestritten. Alle Veranstaltungsteilnehmenden bitten wir um eine Spende von 5 Euro. Für die Stände der Parteien wird eine Kostenbeteiligung erhoben, während sie für die Initiativen frei sind.

Wir bitten um Rückmeldung hinsichtlich der Unterstützung des Aufrufs bis zum 28. März 2014. Kontakt: Vorbereitungsgruppe c/o Hanne Hollstegge, Tel. 43 92 912, Mobil 0163 63 92 972, beteiligungsforum@gmx.de.

Viele Grüße aus der Vorbereitungsgruppe: Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.+ Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V. + Mehr Demokratie e.V.

Weitere Unterstützende: Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte + Hamburgs Wilder Osten + Eden für Jeden + Freizeithaus Kirchdorf-Süd + Verikom Wilhelmsburg + Sozialberatung Wilhelmsburg des Kirchenkreis Hamburg Ost

## Kulturtipps: »Weltenbrand« & Gipsy Festival



Es muss dieses Mal einfach sein: Wir empfehlen allen LeserInnen gleich zwei Veranstaltungen. Zunächst sei auf das Projekt »Weltenbrand« aufmerksam gemacht, das im Mahnmal St. Nikolai (Ost-West-Straße 60) realisiert wird. Es geht um die Erinnerung an das Grauen des Ersten Weltkriegs, und zwar in Form eines Theaterstücks, das von den Schauspielern Oliver Hermann, Michael Bideller und Markus Voigt als ein »Versuch« verstanden wird, »das Unbegreifliche fassbarer zu machen«. Präsentiert wird die Collage aus verschiedenen Text-, Musik- und Bildelementen am 2., 5., 16. und 17. April, jeweils um 20:00 Uhr in der Krypta des Mahnmals St. Nikolai. Die Reservierung der Karten zum Preis von 12 bzw. 10 Euro kann unter Tel. 37 11 25 vorgenommen werden. Mehr Infos gibt es unter [www.weltenbrand14.de](http://www.weltenbrand14.de). Ebenfalls zum Gedenken an den 100. Jahrestag des ersten Weltkriegs wird in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf im Kellergewölbe des Mahnmals die Comic-Ausstellung »Tout le monde kaputt - Der Erste Weltkrieg im Comic« gezeigt. Französische AutorInnen und ZeichnerInnen präsentieren erschütternde Szenen von der Ost- und Westfront, und zwar vom 11. April bis zum 30. Mai.



Für das »6. Elbinsel Gipsy Festival« am 11. und 12. April im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20) haben der Landesverein der Sinti in Hamburg und das Bürgerhaus ein tolles Programm zusammengestellt, das alle BesucherInnen mitreißen wird. Am Freitag, den 11. April, geht es um 19:30 Uhr mit dem »Cafe Royal Salonorchester« los, gefolgt um 22:00 Uhr von Martin Weiss (früher Häs'che Weiss Ensemble) und dem Brady Winterstein Trio aus Frankreich. Am 12. April startet das Programm um 16:00 Uhr mit der Eröffnung der Ausstellung »Ausgegrenzt«, in der die Verfolgungs- und Diskriminierungsgeschichte der Sinti und Roma mit Bildern von Boris Weinreich illustriert wird (bis zum 17. April). Um 17:00 geht es dann mit »Racke malprahl«, einem Gespräch mit Arnold Weiß und Patrick Geisler weiter; sie erzählen die Geschichte ihrer Großväter, Moritz Terfloth liest, Ralf Lorenzen moderiert. Um 20:00 Uhr - natürlich - »Django Deluxe« und um 22:00 Uhr, als glänzender Abschluss, das »Melody Weiss Ensemble«. Der Eintritt am Freitag und Samstag beträgt jeweils 18 Euro, ermäßigt 15 Euro. Die Veranstaltung »Racke malprahl« kostet nochmals 5 Euro, ermäßigt 3 Euro. Kartenreservierungen unter [www.buewi.de/vorverkauf](http://www.buewi.de/vorverkauf).

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) oder [tim.golke@linksfraktion.de](mailto:tim.golke@linksfraktion.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.